

Verleger: August O. Scherl, Berlin, Unter den Linden 10.
Redaktion: August O. Scherl, Berlin, Unter den Linden 10.



Interessante und abwechslungsreiche Lesestoffe in der
Morgen-Ausgabe: Nachrichten, Berichte, Kommentare.

Politik und Handels-Zeitung

Nr. 464 • Ausgabe A Nr. 234
Ausgabe für Berlin und Umgebung Nr. 464

Donnerstag, 2. Oktober 1921
50. Jahrgang

Minister Geßler über die Wehrmacht der Republik.

Eine Unterredung.
Von Dr. Ernst Feder.

Der Reichswehrminister Dr. Geßler empfing mich zu einer
Unterredung und erklärte sich bereit, einige jene Wehrmacht
Probleme von allgemeinem politischen Interesse zu beantworten.

„Ich wäre Ihnen, Herr Minister, sehr dankbar für einige
Erklärungen zu den Ausführungen der 'Times', die in den letzten
Tagen unter dem Stichwort 'Das unsichtbare Heer' auch
durch die deutsche Presse gegangen sind, und in denen gesagt
wurde, daß Deutschlands Entwaffnung nur zum Schein durchgeführt
sei und in Wahrheit alles Erforderliche für ein 800.000-Mann-Heer
bereitet werde.“

„Ich möchte mich zunächst darauf beziehen, daß die
interalliierte Militärkommission die Kontrolle unserer
Wehrkräfte, unserer militärischen Einrichtungen und Bestände bis
in alle Einzelheiten hinein übernimmt, und daß sie hierzu über
einen sorgfältig durchgeführten, weiterverbreiteten Nachspiondienst
verfügt. Gätte die Kontrollkommission auch nur den leisesten
Anhalt dafür, daß die Besatzungen jenes 'Times'-Artikels
auch nur im geringsten auf etwas anderem als reinen
Fiktionsprodukten beruhen, dann könnte unmöglich das
Reiter-
Bataillon zwei Tage nach jenen 'Times'-Artikel der Welt mitteilen,
daß der letzte, in maßgebender kritischer und kritischer
eingegangenen Bescheid zufolge die interalliierte Kontrollkommission
für Aufgabe zur Fortführung der von Deutschland ausgelieferten
Waffen so gut wie beendet habe, und daß sie von der
Auslieferung und Fortführung der deutschen Waffen vollkommen
abstrahiert.“

„In sämtlichen Kreisen, so sagt weiter,
werden erklärt, daß nicht die geringste Befürchtung wegen
irgendeiner Möglichkeit herrsche, daß Deutschland in der Lage
sein könnte, ein Heer zu organisieren und auszurüsten, das so groß
sei, daß es irgend eine Gefahr für die Alliierten bilde.“ Die
interalliierte Militärkommission hat also jene Behauptung der
'Times' selbst entkräftet. Jetzt ist die Sicherung des Heeres
unabhängig bestimmt, und die interalliierte Militär-
kommission hat das anerkannt; hoffentlich kommen wir nun
in die Lage, wirtschaftliche Räte rascher zu beheben.“

„Wirden Sie aber trotzdem, Herr Minister, die Güte haben,
auf einzelne Punkte die im Original vor mir liegenden 'Times'-
Artikel einzugehen? Ist beispielsweise seitens der interalliierten
Militärkommission in letzter Zeit irgendwelche neue Beanstandung
erhoben worden?“

„Bezüglich des Militärs nicht. Die einzige größere Differenz,
die wir haben, ist, daß uns die interalliierte Militärkommission
für das Reichsheer auch das Gasabwehrgerät abgefordert hat, obwohl
dafür nach dem Friedensvertrag keine Handhabe vorliegt.“

„Dann würde also das deutsche Heer gegebenenfalls ohne
Gasabwehrgerät sein?“

„Ja, natürlich. Dabei ist zu bemerken, daß gerade auf die
militärische Entwaffnung der Gaskriegsmittel in anderen Ländern
das allergrößte Gewicht gelegt wird.“

„Ist diese Frage bereits endgültig entschieden?“

„Auf der Vorkonferenz sind wir abgewiesen worden.
Wir haben aber Schritte getan und darauf aufmerksam gemacht,
daß wir dieses Verlangen der Alliierten unserer Befehlshaber
Gasabwehrmittel nicht für berechtigt halten, solange nicht die
Verwendung von Gas in anderen Ländern strikt verboten ist.“

„Wie steht es nun mit dem angeblichen Krämpfersystem,
das nach den Ausführungen der 'Times' heute wie vor hundert Jahren
zur Aufstellung eines weit größeren Heeres verwendet werden soll?“

„Das Krämpfersystem galt damals, vor hundert Jahren, nur für
Freiwehren, dem der Friedensvertrag zwar die Stärke
zung und der Dienzeit vorgegeben hatte. Mit diesem
System konnte man damals eine über die bewilligte Stärke weit
hinausgehende Reservearmee aufstellen und beschaffen. Wir dagegen
müssen auf Grund des Versailles Vertrages die Soldaten auf 12,
die Offiziere auf 25 Jahre verpflichten und dürfen nur einen
bestimmten Prozentsatz — 5 Prozent — erheben.“

„Der Verfasser des Artikels ist offenbar nicht orientiert
genen, was unter dem Krämpfersystem zu verstehen ist. Es wird
weiter berichtet, daß die Aufstellung des Heeres
weit über das hinausgehe, was für das 100.000-Mann-Heer
erforderlich sei. Was liegt dem zugrunde?“

„Die Stärken (Zusammenfassung des Heeres), das Material
und alle möglichen und unmöglichen Einzelheiten sind uns ja
vorgeschrieben worden; alles andere muß abgelehrt werden. Jene
Wehrmeldung bringt leider einige sinnlose Zahlen, die
vielleicht auf technischer Fehler bei der Lebensmittelzufuhr beruhen.
So sind beispielsweise nicht 2250 Geschütze und Rohre
genannt, sondern 2270. Wir hatten darum nachdrücklich,
Geschütze, alle Waffen und Munition, die in den nächsten Jahren
zur Lebenserhaltung oder zur Ergänzung verbrauchten Materials
nötig wären, unter Aufsicht der Entente in bester
Gebiete zu lagern, um spätere Milionenausgaben zu ersparen. Dieser
Antrag ist abgelehnt worden.“

„Wie stehen Sie darüber, Herr Minister, hat nicht vielleicht
jenes 'Times'-Artikel lediglich den Zweck, Vermächte dafür zu
schaffen, daß der Verfasser der interalliierten Mi-

litärkommission in Deutschland verlängert wird,
deren Aufgabe doch eigentlich beendet ist?“

„Ich halte mich nicht für befugt, auf diese Frage eine Antwort
zu geben. Zu der Entscheidung möchte ich allgemein sagen,
daß sie gleichfalls in Frage wurde, weil das Heer
gehört die Wehrmacht aller Zeiten dürfte kein Beispiel für ähnliche
Vorgänge liefern. Obwohl es ein Zentralamt von Wehrmacht-
offizieren ging, wurde die Entwaffnung vollumfänglich durchgeführt.
Die Offiziere und Unteroffiziere, deren Entlassungen bis in diesen
Sommer hinein anhielten, haben bis zum letzten Augenblick ihre
Pflicht getan. Dabei kann gar nicht oft genug gesagt werden,
mit welchen ungeschwundenen Entschlossenheiten die in der letzten Zeit
abgeschickten Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften zu kämpfen
hatten. Während die vor Jahr und Tag Entlassenen noch leichter
Beruf Wohnung usw. gefunden haben, wo bei Industrie, Post, Bahn
usw. noch freie Plätze waren, haben die jetzt Entlassenen vor
verlorenen Türen, denn alles ist jetzt besetzt. Ich weiß
auch viele, besonders von den vertriebenen Offizieren und Unteroffiziere,
in die ich mich erhebe wirtschaftliche Bedenken zu
kommen sind. Dabei mußten diese Jahre lang infolge der Wohnungsnot
und den bauernden Entlassungen der Truppen doppelten Haushalt
führen.“

„Ich hätte gerne etwas gehört über die Frage des Verbots
des Uniformtragens?“

„Das Verbot des Uniformtragens ist beantragt worden durch
die nationalpolitischen Rundgebungen der letzten Zeit, die sich zu
ausgesprochen politischen Rundgebungen und zu politischen
die Regierung ausgehört haben. Dazu ist aber die Uniform
bestimmt. Es ist ganz unmöglich, daß gebildet werden kann, daß
in der Uniform auch das alte Heeresgegend die Regierung öffentlich
gekannt wird. Es kann sich jedermann heute politisch betätigen,
auch der entlassene Offizier, aber dies hat er im bürgerlichen Gewand
zu tun. Es hat sich dem gezeigt, daß als Folgeerscheinung jener
Rundgebungen Dummheiten und Schwächen der Reichswehr
bestanden sind. Es ist auch zu wünschen, daß diese
kommen. Da das Volk jedoch inaktiv und aktiven Soldaten
nicht untersteht, steht es nur die Uniform und wandte sich in der
Erregung gegen ihre Träger. Die Uniform darf aber nicht
in den politischen Kampf gezogen werden. In den allerersten
Tagen werden von den Reichsgegnern die Ausführungs-
bestimmungen herausgegeben, wodurch die Uniform für die
Besatzungen wieder zu dem wird, was sie früher war, ein
Gegenstand, das dem Besatzungen bei feierlichen Gelegenheiten
zu tragen erlaubt ist.“

„In einem Antrag der Inhabigen sozialdemokratischen Partei
sind auch besondere Strafbestimmungen für monarchistische
Rundgebungen, die von Angehörigen der Wehrmacht ausgehen, in
Vorschlag gebracht. Würden Sie sich, Herr Minister, dazu äußern?“

„Ich kann hier nur wiederholen, was ich schon immer gesagt
habe. Angehörige der Wehrmacht dürfen sich an
monarchistischen Rundgebungen und an Heeren, die zu politischen
Zwecken mißbraucht werden, nicht beteiligen. Wo
Verletzungen vorkommen, wird nach Maßgabe der Gesetze
eingeschritten. Es werden aber vielfach Heeren als monarchistische
oder nationalpolitische Rundgebungen angeprochen, z. B.
Zwangsreisen zum Gedächtnis der Gefallenen, Regimentsfeierlichkeiten,
die einen absolut neutralen Charakter hatten. Die Berichterstattung
dabei ist vielfach einseitig und tendenziös. Wenn man den
Zwecken nachgeht, stellen sie sich in den meisten Fällen harmlos
dar. Aber Fehler sind vorgekommen und müssen künftig
vermieden werden.“

„Im übrigen sind grundlegende Erlasse von mir heraus-
gegeben worden, die alle diese Dinge, wie z. B. die dienliche
Einkellung von Reichswehr und an Heeren, die zu politischen
Veranstaltungen, die aus dienlichen Teilnahme von Reichs-
wehr zu Veranstaltungen in der freien Öffentlichkeit neu regeln.
Wichtigende Einschränkungen aller Veranstaltungen mit
militärischem Anstrich habe ich außerdem den militärischen
Vorgesehen nahegelegt.“

„Ich habe dabei zum Ausdruck gebracht, daß Veranstaltungen, die
zur politischen Verberkung beitragen, zur Erinnerung an die großen
Taten des deutschen Heeres nicht geeignet seien. Man kann nur
bedauern, wenn die Erinnerung an die großen Taten der
Armee durch Veranstaltungen beeinträchtigt werden, die unter
dem Namen von Erinnerungsfeiern politische Rundgebungen
bathellen. Solche Feiern geben unseren schwerwiegenden
Verdienste nicht den ihnen gebührenden Stellenwert, sondern
denen Volksworte nur immer größere Klüften und erschweren
in Wahrheit den Wiederaufstieg des deutschen Volkes.
Nicht dadurchehrt man die Gedenken deutscher Vergangenheit,
daß man in dieser schweren Zeit Leute feiern veranstaltet, sondern
durch ernste, stille Arbeit und durch die Heere treue Kameradschaft
in allen Schichten der Bevölkerung. In diesem Sinne können und
sollen auch die Reichswehrangehörigen in die Zukunft
kommen. Das so wird auch das Heer wohlhabend, vollständig und
überparteiliche Einigkeit für alle vaterlandsliebenden
Elemente des deutschen Volkes werden.“

Der Minister sprach dann noch über die staatsbürgerliche
Erziehung im Heere, über die durchgeführte
Verordnung auf die Verfassung der Republik, und er schloß die Unterredung
mit der Versicherung, daß er davon überzeugt sei, daß die
Reichswehr ein festes Instrument in der Hand der Regierung sei,
daß sie gehorcht und ihre Pflicht tue.

Politik und Strafrecht.

Von [Nachdruck verboten]
Dr. August Müller, Staatssekretär a. D.

Den Ausführungen des Verfassers werde ich gern
Namen, weil er mit uns von der selbstverständlichen
Voraussetzung ausgeht, daß die berechtigten
Prozesse nicht zu verallgemeinernden Angriffen gegen
den deutschen Richterstand verwendet werden dürfen,
dessen persönliche und sachliche Qualitäten die Wahrung
der sachverständigen Beurteilung des Urlandes wie des
Auslandes haben. Die Redaktion.

Die gründliche Umgestaltung, die die politischen Verhältnisse
Deutschlands durch den verlorenen Krieg und den
Zusammenbruch des alten Obrigkeitsstaates erfahren haben,
wird in eigenartiger Weise durch die Diskussion über Richter-
tum und Rechtspflege beleuchtet, die in den Spalten des Berliner
Tagblattes abgeführt wird. Bis hier sind solche Auseinander-
setzungen ja nicht neu. Es ist nur von dem Kriege
alljährlich die Beratungen des Justizrates im Reichstage
den Anlaß zu Erörterungen über dieses Thema, bei denen es
in der Regel sogar zu einem gewissen Maß von
Verständlichkeit kam, daß dem deutschen Parlamentarismus
jener Zeit
sonst fremd war. Auch Richterlogen, Zeitungen und
Fach-
organe beschäftigten sich häufig mit der politischen
Rechtspflege; erst gegen den Schluß des ersten Jahrzehntes
dieses
Jahrhunderts verlor das Thema an Interesse. Der
Unterchied
zwischen den damaligen und den heute wieder
aufgelebten
Debatten beruht nur darin, daß die Angriffe und
Vorwürfe
gegen die deutschen Richter damals auf den
Anfänger
der Dilettanten erhoben wurden, während heute im
Lager
der Regierungsparteien die kritischen Stimmen
erhöhen.
Handen früher die Beschwerden ihrer Spitze in der
Behauptung, die Strafrechtspflege zu einem Mittel
des
monarchistischen Obrigkeitsstaates im Kampfe gegen
eine
unbequeme politische Opposition geworden, so führen
heute
Bestandteile des Regierungsbüros Klagen über den
mangelhaften
Schuß, den die Verfassung des neuen Deutschlands
den
Organen der Rechtspflege und des Richterstandes an
einer
Rückbildung der Vorstellungen über das Verhältnis
der
Strafrechtspflege und des Richterstandes an.
Während
denn der Vorhandensein als Ergebnis der
Erörterungen
festgestellt werden sollte.

Das hier zur Debatte stehende Thema hat nun durch
den
Umstand, daß ein vorwiegend mit den politischen
Idealen,
die beim Beamtentum des kaiserlichen Deutschlands
traditionell
waren, erfüllter Richterstand seine Dienste einem
ganz
andere gearteten Staate leisten soll, erheblich an
Bedeutung
gewonnen. Denn die Opposition von ehemals empfand
das
Eingreifen der Justiz nur wie unangenehme
Maßnahmen,
wenn diese auch nach dem Gesetze hinlänglich
herrschen.
Nun machen sich die Opposition durch solche
Maßnahmen
nicht. Am
Gegenteil, sie hatten eine große agitatorische
Bedeutung
und förderten letzten Endes die oppositionelle
Bewegung
in Deutschland. Ganz anders sind die Dinge zu
beurteilen,
wenn die Strafrechtspflege und des Richterstandes
an
einer
Rückbildung der Vorstellungen über das Verhältnis
der
Strafrechtspflege und des Richterstandes an.
Während
denn der Vorhandensein als Ergebnis der
Erörterungen
festgestellt werden sollte.